

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:  
Riesner  
Verlag Nr. 22  
Postfach Nr. 22

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Meissen bezüglicherseits bestimmte Blatt.

Postfach:  
Rieser 1330.  
Verlag:  
Rieser Nr. 22

Nr. 85.

Montag, 11. Februar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 11 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Anzeigenspalte (6 Spalten) 10 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und Inhaltliche Gestaltung. Einmalige Anzeigen 50%, Wiederholungen 75%. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Leistung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Vor den Wahlen in Eupen-Malmédy.

Das Jahr 1929 bringt für Belgien die großen Wahlen zu den beiden gesetzgebenden Körperschaften, zu der Kammer und zu dem Senat. In Eupen-Malmédy im Mittelwesten zahlreicher innen- und außenpolitischer Probleme steht, so wird der Ausfall der Wahlen in diesem ansettlichen deutschen Ländchen von besonderem Interesse sein. Mehr aber noch dürfte der Ausfall der Wahlen in Eupen-Malmédy die Beachtung finden. Denn wie sah das Bild nach den letzten Wahlen im Jahre 1925 aus? Nachdem die Verhältnisse einer deutlichen Einheitsfront mit einem überparteilichen deutschen Kandidaten an der Spitze gezeichnet waren, traten die beiden großen Eupen-Malmédyer Parteien getrennt in den Wahlkampf. Die Sozialdemokraten brachten ihren Kandidaten, den Rechtsanwalt Dr. Somerhausen durch, während die Katholische Partei Eupen-Malmédy mit der Katholischen Partei Belgiens zusammenging, wobei ihr Kandidat, Rechtsanwalt Dr. Jemmes-Berolers, der, obwohl nicht belgischer, das größte Vertrauen bei den katholischen Eupen-Malmédyern besaß, an angeblich „sichere“ Stelle gewählt wurde. Nach den Wahlen erhielt Dr. Jemmes, obwohl er in Eupen-Malmédy die genügende Stimmenzahl erhalten hatte, auf Grund des sehr verschiedenen Verhältniswahlrechts das Mandat nicht, sondern die Eupen-Malmédyer Wähler erhielten die Abgeordneten der belgischen Katholischen Partei, Taub und Winand. Wie haben nun diese drei Abgeordneten die Interessen Eupen-Malmédy vertreten? Dr. Somerhausen, obwohl nicht belgischer Eupen-Malmédyer, hat die Interessen seiner deutschen Volksgenossen nach besten Kräften zu vertreten gesucht, wurde aber, wenn es darauf ankam, vom größten Teil seiner Parteigenossen im Stich gelassen. Die Abgeordneten Taub und Winand, und auch der Senator für Eupen-Malmédy, Oger-Epauant, haben nichtsweniger als den Eupen-Malmédyern zurechnende Unrecht anerkannt und abgesehen von einigen materiellen und sonstigen Angelegenheiten, dort, wo es um höchste politische Belange ging, unter dem Jubel ihrer Partei gegen sie gearbeitet. Die Hoffnungen der Eupen-Malmédyer für die nächsten Wahlen gehen dahin, daß diesmal a) ihre Vertreter solche Männer in die Kammer und den Senat einleiten, die als geborene Eupen-Malmédyer und unabhängig von jeder engeren Parteibindung, die unverletzlichen Ansprüche auf Selbstbestimmung und Kulturfreiheit der belgischen Volksvertretung immer wieder vorhalten werden. Die Welt soll es immer wieder erfahren, daß es eine deutsche Minderheit von 60.000 Seelen gibt, die von Belgien im Siegesrausch annektiert und entrechtet wurde. Es müssen Männer gewählt werden, die, ohne an Parteirücksichten gebunden zu sein, wirklich auf die Wahrung von allerhand Minderheiten dringen, die sogar von einem Teil der alles andere als deutschfreundlichen belgischen Presse jugelstehen werden müssen.

## Und wieder Polen.

qu. Berlin. Unser Verhältnis zu Polen soll weiter getrübt bleiben. So sehr sich Deutschland auch bemüht, durch weitgehendes Entgegenkommen alle schwierigen Fragen reibungslos zu erledigen, obwohl Deutschland sogar in der Frage des Handelsvertrages das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt hat, verhält Polen stets neue Steine in den Weg zu werfen, um bevorstehende Abschlüsse zu verzögern und um die Ruhe einiger Tage durch einen neuen „Fall“ abzulösen. Der Vertrag mit Polen sichert Deutschland nicht nur in der Minderheitenfrage Rechte zu, die Polen zu respektieren hat, sondern erleichtert auch einmal den Durchgangsverkehr durch den vermesslichen und unheilbaren Korridor, er hat auch bestimmte Ermächtigungen über den Grenzverkehr mit Rußland. Und hinsichtlich dieses verhängnisvollen Grenzverkehrs hat Polen wiederholt willkürlich Änderungen der bestehenden Vereinbarungen vorgenommen, die deutschen Proteste erforderten, damit aber die Spannung zwischen Deutschland und Polen erhöhte. Jetzt liegt der Fall einer neuen Willkürhandlung vor. Um die Minderheitenfrage zu unterhalten. Es hat sie aber absichtlich verfallen lassen, jetzt aber wird diese Brücke von den Polen sogar ganz abgebrochen, mit der Erklärung, Polen besitze nicht die Mittel, diese Brücke auszuheben und besser zu halten. Polen denkt aber nicht daran, die Brücke als Altstein zu verkaufen, sondern es will diese Brücke, die einen hohen Wert aufweist, einfach nach Galtzien verpflanzen, wo eine neue Brücke notwendig ist. Man schlägt also zwei Fliegen mit einer Klappe: Nimmt den Deutschen die Verbindungsbrücke, auf die diese so lange bestanden und bestanden durften, brüskiert sie, läßt sie aber in Galtzien durch die Verwendung der alten Brücke und macht Einsparnisse, wenn diese Sparmaßnahme ein Abkommen verleiht, dessen Verletzung Deutschland Unlust geben wird, wieder einmal beim Völkerbund eine harter Sprache gegen den Nachbarn anzuschlagen.

## In den Reichswirtschaftsrat berufen.

Berlin. Anstelle des Herrn Franz Niedermann ist Herr Rudolf Hieronimus Peterßen in Hamburg, Direktor 1. als Mitglied des Reichswirtschaftsrats berufen worden.

## Die erste Fühlungnahme der Sachverständigen.

Paris, 10. Februar. Der Sachverständigenausschuss hat gestern in der Bank von Frankreich unter dem Vorsitz des Gouverneurs dieses Instituts Moreau seine erste offizielle Sitzung abgehalten. Die Agentur Havas berichtet darüber:

Die Zusammenkunft war von vorübergehender Herzlichkeit getragen und von der ersten Fühlungnahme an schienen die Vertreter der sieben Mächte von dem gleichen Wunsch befeuert zu sein, ihre Aufgabe in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zum guten Ende zu führen. In erster Linie handelte es sich darum, den Vorsitzenden für die Arbeiten zu benennen. Sämtliche Sachverständige waren der Ansicht, daß ein amerikanischer Präsident die meisten Garantien für Unparteilichkeit und Kompetenz bieten würde, da die Vereinigten Staaten einerseits nur schwach an den Forderungen Deutschlands interessiert sind und andererseits wegen der dominierenden Stellung des amerikanischen Finanzmarktes im Hinblick auf jedes Unternehmen zur Kommerzialisierung der deutschen Schuld. Einmütig ist deshalb ihre Wahl auf Owen D. Young gefallen. Diese offizielle Ernennung wird zu Beginn der offiziellen Eröffnungssitzung heute Montag 14 Uhr im Hotel Astoria ratifiziert werden. Der Sekretär des Sachverständigenausschusses wird, wie man in amerikanischen Kreisen behauptet, Frederick Bate, Attaché der amerikanischen Delegation bei der Reparationskommission. Im Verlauf der Unterredung kam zum Ausdruck, daß es nicht in der Absicht der Sachverständigen liegt, regelmäßige Mitteilungen an die Presse zu machen, sondern daß Nachrichten nur von Zeit zu Zeit ausgegeben werden sollen. In der Besprechung soll der Eindruck vorherrschen haben, daß die Verhandlungen sich unter Vermittelung weitgehender theoretischer Erörterungen nur auf rein konkrete Probleme beschränken sollen.

Die fünf Delegationen, die dem Dameskomitee angehören, und Reichsbankpräsident Dr. Schacht haben ein Begrüßungstelegramm an General Dawes gerichtet.

Der gestrige Sonntag wurde von den Sachverständigen für die Reparationsverhandlungen meist zur Ruhe und zur Beschäftigung von Paris und seiner Umgebung benutzt. Dies gilt insbesondere auch von den deutschen Sachverständigen, die keinerlei Besprechungen hatten. Die amerikanischen Vertreter waren am Sonnabend Gäste der amerikanischen Botschaft. Im Hotel Astoria, das den Sachverständigen als Beratungsort dienen soll, sind die Vorbereitungen beendet. Im Untergeschoss ist ein Saal für die Vollversammlungen eingeräumt worden. Zwei Salons sind als Beratungszimmer für kleinere Gruppen vorgesehen. Ein Teil der Sachverständigen bewohnt den ersten Stock des Hotels; im dritten und sechsten Stockwerke sind 40 Büroräume eingerichtet und mit Fernsprechanlagen versehen worden.

Laut Intransigent rechnet man in Paris im allgemeinen damit, daß die Arbeiten der Sachverständigen mindestens bis zum März dauern werden. Die Vertreter der beteiligten sieben Mächte mit Pariser Sitz werden sich dann nach Berlin begeben. Das Blatt will wissen, daß der Reparationsagent allen Arbeitsleistungen des Ausschusses behilfen werde.

## Coolidge

mit der Wahl Youngs einverstanden.

Washington, 10. Februar. Aus Washington wird gemeldet, daß Coolidge nicht gegen die Wahl Owen Youngs zum Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses für die Reparationsfrage einzuwenden wird.

## Sächs. Landesvertretertag der Deutschen Volkspartei.

Planen. Unter zahlreicher Beteiligung wurde am Sonnabend hier der sächsische Landesvertretertag der Deutschen Volkspartei durch Eröffnungssprachen des Leiters Admiral Behmann und des Bauernführers Bach-Gemünüß eröffnet. Reichstagsabgeordneter Graf Stolberg-Berninger überbrachte die Grüße des Parteiführers Dr. Stresemann. Darauf nahm Reichstagsabgeordneter Dr. Kallers das Wort zu einem Referat über „Die politische Lage in Sachsen“. Vor allem gellte es, die Ordnung und Sicherheit im Lande, also auch die gegenwärtige Regierung aufrechtzuerhalten, die trotz mancherlei Mängel so habe regieren können, daß Wirtschaft und Kultur in Sachsen sich entwickeln konnten. Der Redner kritisierte dann die Verhältnisse zwischen Reich und Länder, die Bereinigungsmaßnahmen und die Pläne zur Verwaltungsreform. Als eine wichtige Aufgabe bezeichnete der Vortragende auch die Fertigstellung des sächsischen Staats. In diesem Zusammenhang beleuchtete er auch die Fragen zur Steuererhebung.

Nach der mit Beifall aufgenommenen Rede Dr. Kallers teilte der Vorsitzende den Bericht Dr. Müngers an sein Landtagsmandat mit, für den der frühere Abgeordnete Schiffmann in den Landtag einzieht.

Reichstagsabgeordneter Graf Stolberg-Berninger sprach dann über „Die Not der Landwirtschaft, die Not des deutschen Volkes am Vorabend der Reparationsverhandlungen“. Er schloß seine Ausführungen mit dem Satz: Wer die Landwirtschaft vertreten will im Reichstag, im Landtag, aber wo sonst es sei, für den könne es nur die Richtschnur geben: Heraus aus der Klampe der Opposition, hinein in den Schützengraben der Regierung. Starke Beifall löste den Redner.

Die Landtagsrede wurde von dem Landtagsabgeordneten Dr. Bracht eingeleitet, der betonte, daß die gleichen Sorgen, wie die der Landwirtschaft, auch die Industrie erfüllen. — Landtagsabgeordneter Boigt bemerkte, man müsse dankbar dafür sein, daß auch die letzte Regierung die Sozialpolitik durchgeführt habe. Bei den großen Forderungen des Bundeslandes sei es aber fraglich, ob das ganze sozialpolitische Gebäude aufrecht erhalten werden könnte. — Generalsekretär Diekmann kam auf den Forderung im Reichstag zu sprechen. Die Deutsche Volkspartei lehne den Weg neuer Besteuerungen ab. Sie werde die Frage zu ventilieren haben, ob es möglich sei, mit einem Defizit zu arbeiten. — Landtagsabgeordneter Dr. Böhler äußerte, daß es wohl ausgeschlossen sei, keine neuen Steuern

zu erheben, gleichzeitig aber einen Ausgleich zu finden. Man sei aber die Verhältnisse in den Ländern und Gemeinden nicht richtig orientiert. Die Länder hätten seit Jahren zum Teil große Fehlbeträge, noch schlimmer sei es bei den Gemeinden. — Reichstagsabgeordneter Dr. Bach-Gemünüß meinte unter anderem, daß in der Behandlung der Wehrmachtsfrage und der Steuerfrage für die Deutsche Volkspartei die Grenze für ihre Regierungsbeteiligung liegt. — Die Landtagsabgeordnete Schmidt und Böhm sahen sich für die Belange des gemischten Mittelstandes ein, und Herr v. Carlswitz für die Interessen der Landwirtschaft.

Auf der Mitte der Versammlung wurde dem Abg. Dr. Kallers der Dank für sein Wirken als Reichstagsabgeordneter ausgesprochen.

Die Tagung schloß mit der Annahme folgender Entschlüsse:

Der in Planen veranlassete Landesvertretertag der Deutschen Volkspartei hat sich am Vorabend der Pariser Reparationsverhandlungen eingehend mit der Not der deutschen Landwirtschaft beschäftigt. Er ersucht die parlamentarischen Vertretungen der Deutschen Volkspartei nach wie vor, größten Nachdruck auf die Durchführung aller Maßnahmen zu legen, die zum Schutze der deutschen Landwirtschaft als eines der wichtigsten Glieder der deutschen Volkswirtschaft bestimmt sind. Industrie, Handel und gewerblicher Mittelstand leiden unter den gleichen Notständen und bedürfen der gleichen Fürsorge und Entlastung. In der für Deutschlands Zukunft entscheidenden Reparationsfrage ist zu fordern, daß ihr politischer Charakter erhalten bleibt. Jede Lösung ist abzulehnen, die darauf hinauslaufen würde, die deutschen Reparationsleistungen zu einem privaten Geschäft ausländischer Finanzinteressen mit dem Deutschen Reich zu machen. Die Befreiung des Reichs für Deutschland muß ausschließlich aus dem eigenen Wohlstand heraus zu erreichen sein. Die Befreiung des Reichs muß durch eine beträchtliche Herabsetzung der deutschen Reparationsleistungen, durch wesentliche Vereinfachungen und Ersparnisse im öffentlichen Haushalte und durch die Herabsetzung der Beträge der öffentlichen Hand zur Steuererhebung.

## Krieg in der Friedensgesellschaft.

General von Schunab  
Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft.

Berlin. Gestern fand in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft unter dem Vorsitz von Senatspräsident a. D. Freymuth statt, die aus Anlaß eines Antrages v. Gerlachs, den Leistungsanspruch (Anderes Deutschland, Friedenswarte, Menschheit) für die Mitglieder aufzuheben, einberufen worden war. Dieser Antrag ist mit 2/3 Mehrheit abgelehnt worden. Daraufhin sind die Präsidiumsmitglieder Dr. Quide, Harry Graf Reiter, Oberst a. D. Haase, Studienrat Schürer, Prof. Anna Simsen, Dr. D. N. Eberhard, Dr. Schacht, Dr. Seger,

Ministerialrat a. D. Falkenberg, Dr. D. R., Bahor Brandt, Dr. Helene Stöcker von ihren Posten zurückgetreten mit der Begründung, daß ihnen wegen des Gegenanges in den Organisationsfragen und der finanziellen Auswirkung des Leistungsanspruches eine weitere Mitarbeit nicht möglich sei. Anstelle von Prof. Quide ist General von Schunab zum Präsidenten gewählt worden. Er nahm seine Wahl mit einem Dank für die bisherige Tätigkeit Dr. Quides an.

## Ruhe in Bombay.

Bombay. Um Mitternacht herrschte hier überaus Ruhe, und auf den Straßen war weit und breit niemand zu sehen.